

eben sagte, steht: Ehrhart Neubert hat gestern von der protestantischen Revolution 1989 gesprochen. Eine Revolution war es sicher, obwohl man sicher auch darüber streiten kann. Ich behaupte nur, daß es keine protestantische Revolution war, was suggeriert, die Kirche als solche hätte eine aktive, bewußte und entscheidende Rolle dabei gespielt. Ich behaupte, es war keine protestantische Revolution, es sei denn, man faßt den Begriff „protestantisch“ als ganz allgemein kulturhistorischen Begriff auf, der dann natürlich für alle gilt, auch für Nichtchristen in dieser Gesellschaft. So war er aber, glaube ich, nicht gemeint. Ich glaube, es war eine Revolution gegen den SED-Staat, in die die Kirche eher unwillig verwickelt war. Es ist der Kirche nur passiert. Danke.

Gesprächsleiter Stefan Hilsberg (SPD): Danke. Martin Böttger, der Name ist ja schon gefallen, war langjähriges Mitglied der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ und vorher auch schon in allen möglichen oppositionellen Gruppen im Berliner Raum tätig. Er ist jemand, der – soweit mir das in Erinnerung ist – ausgesprochen früh mit dieser Arbeit angefangen hat, und das zu einer Zeit, als es nur sehr wenige von denen gab, die eine bemerkenswerte Kontinuität an oppositionellem Handeln in der DDR aufzuweisen hatten. Diese lange Zeit hat unterschiedlichste Erfahrungen vermittelt, besonders wenn man erleben muß, daß man an Solidarität nur sehr wenig spürt.

Dr. Martin Böttger, MdL: Wenn ich meine Position innerhalb von Gruppen und innerhalb der Kirche beschreiben soll, könnte ich am einfachsten sagen: Ich stand breitbeinig, aber nicht im Spagat. Ich stand mit einem Bein in Gruppen, in zeitlicher Abfolge auch in verschiedenen, mit dem anderen in meiner Kirchengemeinde, in meiner Ortsgemeinde. Das war die Berliner Golgathagemeinde. Der Gemeindebezug war territorial, also auf den Bereich dieser Ortsgemeinde ausgerichtet, der Bezug auf Gruppen überregional, zumindest auf das Ostberliner Gebiet, aber auch auf den Süden, also auf Sachsen bezogen. Der Gemeindebezug war familienorientiert. Es war also meine Generation, die Generation der Leute mit kleinen Kindern, die auch ihre Kinder in den Familiengottesdienst mitbrachten, in die Gemeindenachmittage, die sehr vieles zusammen machten, sich auch auf dieser Ortsebene mit Problemen der Kommune auseinandersetzten. Die Gruppen waren sehr stark von Aktivisten getragen, von Leuten, die sich öffentlich äußerten, die sich politisch verstanden. Es waren politische Gruppen. Öffentlich geäußert hat sich der Gemeindebezug auch insofern, daß die Gottesdienste öffentlich waren, und wir in Golgatha jeden Monat einen Friedensgottesdienst oder ein Friedensgebet hatten. Das wurde vorbereitet und gestaltet hauptsächlich von Gemeindegliedern, mit Pfarrer Hilsberg im wesentlichen, dem Vater des jetzigen Bundestagsabgeordneten Hilsberg. Diese Gruppe hat mit ihren zur Verfügung stehenden Mitteln Friedensarbeit geleistet. Es war mir klar, daß nicht alle politische Oppositionsarbeit in dieser Gemeinde geleistet

werden konnte. Deswegen habe ich mich dann auch sehr gefreut und habe das unterstützt, daß die „Initiative Frieden und Menschenrechte“ gegründet wurde als ausdrücklich außerkirchliche Oppositionsgruppe. Das fand ich auch ehrlicher und fairer, weil die Kirche in vielen Bereichen von den Anliegen außerkirchlicher Oppositionsgruppen überfordert war. Es gab aber auch Überschneidungen zwischen diesen beiden Bereichen – ich sagte ja breitbeinig, aber nicht im Spagat –, z. B. in Konfliktsituationen. Ich wurde im September 1983 nach einem Friedensgebet verhaftet. Aber das war nicht im Zusammenhang mit den Friedensgebeten meiner Gemeinde, sondern mit einer politischen Aktion, einer Menschenkette zwischen der amerikanischen und der sowjetischen Botschaft. Also eine eindeutig außerkirchliche Aktion führte zu meiner Verhaftung. Begleitet wurde ich aber auch von meiner Gemeinde. Sie nahm mich in die Fürbitte auf. Sie betreute meine Familie. Sie stellte Kontakte für das ganz normale Leben her, für meine Frau, meine Kinder. Begleitet wurde ich aber auch von außerkirchlichen Gruppen. Und diese Begleitung sah dann so aus, daß die Presse informiert wurde, Kontakte zu westlichen Politikern gesucht wurden, daß Solidarität angestoßen wurde und die Grünen sowie die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin und auch der regierende Bürgermeister damals informiert wurden. Das hat dazu geführt, daß Richard von Weizsäcker, damals noch regierender Bürgermeister von Westberlin, meine Freilassung im September erwirkte. Es gab also, würde ich sagen, ein etwas arbeitsteiliges Wirken dieser beiden Bezüge, der kirchlichen und der außerkirchlichen. Die Kontakte zur Kirchenleitung selbst waren viel spannungsreicher. Das wurde aber heute schon mehrfach gesagt. Deswegen habe ich mich auch nicht so wohl gefühlt im Vertrauen zu Kirchenleitungen, daß sie die Notbremse zog oder die Feuerwehr spielte, wie Curt Stauss es ja vorhin sagte. Feuerwehrationen kamen auch eher von Gruppen. Das war auch bei meiner Verhaftung so. Manfred Stolpe behauptet zwar, mich herausgeboxt zu haben, aber ich glaube doch, daß es die Gruppen waren, nicht die Kirchenleitung. Das ist noch nicht so restlos aufgearbeitet. Feuerwehrationen gab es auch von Gruppen, die konspirativ gearbeitet haben. Damals – 1983 war die IFM noch nicht gegründet – gehörte ich auch einer konspirativen Gruppe an, die nach außen überhaupt nicht in Erscheinung trat, jedenfalls nicht mit Namen. Die Mitglieder der Gruppe waren nicht allgemein bekannt. Aber sie haben z. B. ganz schnell organisiert, daß meine Wohnung leergeräumt wurde, und waren schneller als die Staatssicherheit. Bevor die Staatssicherheit meine Wohnung durchsuchte, auch in einer konspirativen Haussuchung, hatte bereits meine konspirative Gruppe die Wohnung leergeräumt und damit der Stasi nicht so viel Material überlassen. Diese Feuerwehration der Gruppe war sicher wichtig, aber ich habe mich dann später doch von dieser konspirativen Gruppe gelöst, sie ist auch mehr oder weniger zerfallen, weil ich zu der Meinung kam, das hat auch die Entwicklung gezeigt, daß nur ein öffentlich wirksames Arbeiten sinnvoll ist, also nicht anonym, sondern mit Namen, ein

Arbeiten in der Öffentlichkeit und dadurch auch im Schutz der Öffentlichkeit. Vielleicht wäre noch zu sagen, daß die Feuerwehractionen von Kirchen und Gruppen auch später im Wettbewerb miteinander standen. Das hat sich z. B. in der sogenannten Schlacht um Zion gezeigt. Das war im November 1987. Da hat die Kirche natürlich versucht, Schadensbegrenzung zu leisten. Aber ehe sich die Verhandlungsführer an den Tisch gesetzt hatten, haben wir gehandelt. Wir haben sofort eine Mahnwache vor der Zionskirche organisiert, und es wurden Transparente an die Kirche gehängt. Ich glaube, auch in dem Falle waren die Gruppen, die eher außerhalb der Kirche standen, aber doch noch unter ihrem Weidendach, schneller und haben mit ihren Aktionen die Freilassung der Inhaftierten erwirkt. Das hat es an verschiedenen Stellen gegeben, einen gewissen Wettbewerb zwischen Kirche und den Gruppen, wer politisch wirksamer ist, wer Veränderungen bewirken kann, wer den Staat zu etwas zwingen, ihn zumindest zum Einlenken bewegen kann. Das war manchmal auch die Kirche. Das waren aber dann in den späten achtziger Jahren mehr und mehr die Gruppen, weil sie weniger Rücksicht nehmen mußten. Sie waren zwar keine akzeptierten Verhandlungspartner, das hätte es nicht gegeben, aber sie waren eine gewichtige Größe. Die Kraft, die manchmal von den Gruppen ausgegangen ist, also auch diese großen Mahnwachen und Friedensgebete im Februar 1988, hat den Staat, denke ich, oftmals mehr beeindruckt als die Verhandlungsführer der kirchlichen Seite.

Gesprächsleiter Stefan Hilsberg (SPD): Vielen Dank. Herr Pfarrer Hilse ist langjähriger Gemeindepfarrer einer Gemeinde in Ostberlin, in Berlin-Treptow. In Ihrer Gemeinde haben sich sehr viele Aktivitäten abgespielt, die Sie keineswegs nur von außen gesehen haben, sondern an denen Sie selbst teilgenommen haben und als Motor gewirkt haben. Man ist als Gemeindepfarrer in einer besonderen Situation. Man ist einerseits nicht Kirchenleitung, hat das also so unmittelbar dem Staat gegenüber nicht zu vertreten, andererseits doch Teil der offiziellen Kirche. Man wird identifiziert mit der Gemeinde als solche, ist also ein Bindeglied. Gestern wurde von der pluralen Verfassung der Kirche gesprochen. Als Gemeindepfarrer hatte man diese Pluralität in der einzelnen Gemeinde sozusagen zu garantieren. Das hat zu besonderen Spannungsverhältnissen geführt, die ja vor dem Hintergrund der Situation, die wir in der DDR hatten, ausgesprochen interessante Ergebnisse hatte. Wie haben Sie das erlebt?

Pfarrer Werner Hilse: Gemeindepfarrer bin ich in Berlin-Treptow. Die Beobachtung oder Bearbeitung, wie man im Stasi-Jargon sagte, fand einen Höhepunkt, als die sogenannten „Üse“, wie sie im offiziellen Sprachgebrauch des Staatssicherheitsdienstes hießen, nämlich die Übersiedlungersuchenden, in die Treptower Kirche kamen. Das war eigentlich die Tabuarbeit in der DDR. Von den Beziehungsängsten zu den Gruppen ist gesprochen worden. Die Kontakte, die wir versucht haben, scheiterten immer daran, daß gesagt wurde: